

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/011(VI)/15			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 30.10.2015	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:30Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28. 08. 2015 - öffentlicher Teil T0094/15
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Haushaltsplan 2016 - Stellenplan 2016 DS0137/15
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
 - 4.1.1 Haushaltsplan 2016 (Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten) DS0137/15/4
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.2 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg DS0501/14
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
 - 4.3 Neufassung der Satzung der Städtischen Volkshochschule Magdeburg DS0302/15
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

4.3.1	Neufassung der Satzung der Städtischen Volkshochschule Magdeburg Ausschuss BSS	DS0302/15/1
4.4	Beschlussfassung zur Entgeltordnung der Städtischen Volkshochschule Magdeburg BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0314/15
5	Anträge	
5.1	Ausstellung „Wir sind hier - Frauen in Sachsen-Anhalt gestalten ihr Land“ in Magdeburg präsentieren SPD-Stadtratsfraktion	A0087/15
5.1.1	Ausstellung „Wir sind hier - Frauen in Sachsen-Anhalt gestalten ihr Land“ in Magdeburg präsentieren BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	S0203/15
5.2	Benennung der Ratsdiele im Alten Rathaus nach Ernst Reuter Kulturausschuss	A0081/15
5.2.1	Benennung der Ratsdiele im Alten Rathaus nach Ernst Reuter BE: Oberbürgermeister	S0195/15
5.3	Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ prüfen Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0053/15
5.3.1	Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ prüfen BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0209/15
5.4	MVB-Fuhrpark und 2. Nord-Süd-Verbindung Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0066/15
5.4.1	MVB-Fuhrpark und 2. Nord-Süd-Verbindung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0202/15
6	Informationen	
6.1	Berichterstattung Fortgang "Ersatzneubau Strombrückenzug" - aktueller Stand III. Quartal 2015 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	I0218/15
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Dr. Falko Grube

Stadtrat Jens Hitzeroth

Stadtrat Jens Rösler

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Tom Assmann

Stadtrat Olaf Meister

Stadtrat Michael Hoffmann

i.V.f. SR Schwenke

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Verwaltung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Wigbert Schwenke

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

In diesem Zusammenhang regt der Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, an, zukünftig die bisher unter TOP Verschiedenes nichtöffentlich behandelten Geschäftsführerangelegenheiten als einen separaten Tagesordnungspunkt auszuweisen.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 28. 08. 2015 - öffentlicher Teil Vorlage: T0094/15

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 28. 08. 2015 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 2 Enthaltungen genehmigt.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Haushaltsplan 2016 - Stellenplan 2016 Vorlage: DS0137/15

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz und die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses liegen ergänzende Unterlagen zum Stellenplan (Organigramm, Veränderungslisten A und B, Zusammenstellung der Stellenanzahl im doppelhaushalt, Änderungen zum Stellenplan) sowie der Änderungsantrag DS0137/15/4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zur Niederschrift) macht der Beigeordnete Herr Platz erläuternde Ausführungen zum Stellenplan im Zusammenhang mit der nichtöffentlichen Information I0229/15 – Personalkostencontrolling – unter Einbeziehung der vorliegenden Änderungen der Verwaltung.

Hinweis im Nachgang zur Sitzung des Verwaltungsausschusses:

Die Änderungen werden dem Stadtrat als Änderungsantrag DS0137/15/10 des Oberbürgermeisters zur Beschlussfassung vorgelegt.

Zur **Personalstellenentwicklung seit 2002** macht er auf den Anstieg der Stellenanzahl entsprechend vorliegendem Änderungsantrag zum Entwurf des Stellenplanes von zusätzlich 200 Stellen aufmerksam. Insbesondere verweist er im Zusammenhang mit der Ausweisung der zusätzlichen Stellen auf die Widersprüchlichkeit, dass auf Grund der positiven Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr zum Jahresende bei den Personalkosten wahrscheinlich ein Überschuss zu verzeichnen sein wird.

Im Weiteren zeigt er die **Gründe für den Stellenaufwuchs** auf und macht erläuternde Ausführungen. Insbesondere verweist er dabei auf die Einrichtung einer Task Force, um Mehraufgaben entgegen wirken zu können.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, verweist auf die Auffälligkeit des Stellenaufwuchses im Bereich der Feuerwehr und hinterfragt die Gründe hierfür.

Beantwortend informiert der Beigeordnete I, dass auf Grund der vergangenen zu knappen Stellenkalkulation der Personalschlüssel verändert werden musste. Diese Veränderung musste erfolgen, damit Löschzüge in vollem Umfang besetzt werden können. Zur Anmerkung des Oberbürgermeisters, dass bisher in diesem Bereich aufgelaufene Überstunden abgebaut werden müssen, legt der Beigeordnete klarstellend dar, dass diese Überstunden aus der nicht ausreichenden Personaldecke resultierten.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, stellt fest, dass Mitglieder der Feuerwehr auch Rettungsdienste fahren und hinterfragt, ob mit entsprechender Ausbildung dann doppelte Aufgaben wahrgenommen werden.

Die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf führt hierzu aus, dass Mitglieder der Feuerwehr in beiden Diensten ausgebildet sind. Für die Tätigkeit eines Notfallsanitäters erfolgen noch Abstimmungen. Für die Zukunft laufen Gespräche, dass diese Tätigkeit als Berufsbild für die Feuerwehr anzusehen ist. Teilweise werden bereits Ausschreibungen für Notfallsanitäter vorgenommen.

Zur Nachfrage des Stadtrates Boeck, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, inwieweit ein Zuwachs im Hochwasser- bzw. Katastrophenschutz zu verzeichnen ist verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass dieser bereits im Stellenplan 2015 eingestellt wurde und auch für 2016 berücksichtigt wird.

Weitergehend in seiner Präsentation macht der Beigeordnete Herr Platz Darlegungen zum **Mehrbedarf für Flüchtlingsunterbringung und Betreuung** und merkt an, dass auf Grund der derzeitigen Situation den Ämtern 50 und 51 sowie dem Fachbereich 32 eine erhebliche Stellenanzahl zugeführt werden muss. Er verweist auf die mit Drucksache DS0109/15 beschlossene Vereinbarung von verbindlichen Fallzahlschlüsseln und Ausstattung der Ausländerbehörde sowie der Abteilung Zuwanderung des Amtes 50 mit notwendigem Personal.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, informiert über den Erlass des Innenministeriums, wonach ab 22. 10. 2015 die Stadt für die Untersuchung von Asylbewerbern zuständig ist und verweist auf die Problematik, dass hierfür weder das erforderliche Personal noch die entsprechende Ausstattung (Röntgengerät) vorhanden ist. Es gibt keine Grundlagen für die Arbeit, da noch keine erforderlichen Regelungen getroffen wurden.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinterfragt eine Prognose, von welcher konkreten Anzahl an Asylbewerbern in den nächsten Monaten ausgegangen werden kann.

Mit Hinweis auf intensive Beratungen hinsichtlich einer Prognose legt der Beigeordnete Herr Platz dar, davon auszugehen, dass bis zum Jahresende 4000 bis 4500 Flüchtlinge nach Magdeburg kommen und sich diese Entwicklung auch im kommenden Jahr fortsetzen wird.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass bei der Prognose des Bundes von 800.000 Flüchtlingen im Jahr von einer anteiligen Anzahl von 3500 Personen für Magdeburg für 2016 ausgegangen wird. Er bestätigt die Nachfrage von Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, dass sich bei einer Änderung der Personenanzahl auch die Stellenanzahl verändert.

Von Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wird die Frage der Stellenbesetzung aufgeworfen.

Hierzu informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass das Stellenbesetzungsverfahren beschleunigt wurde und relativ viele Bewerbungen vorliegen. Gleichzeitig erfolgten auch Anfragen bei bereits ausgeschiedenen Mitarbeitern der Verwaltung hinsichtlich der Übernahme entsprechender Tätigkeiten.

Eingehend auf den Bedarf einer zusätzlichen Stelle im Bereich BOB für die dezernatsübergreifende strategische Steuerung und deren Ausweisung mit der Entgeltgruppe EG 13/14 begründet der Oberbürgermeister deren Notwendigkeit und legt dar, dass im BOB die zusätzlichen Aufgaben neben dem Tagesgeschäft nicht mehr bewältigt werden können. Zum Hinweis des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, dass in der Stellenreserve keine Entgeltgruppe 14 ausgewiesen ist legt er dar, dass hier noch eine Abstimmung erfolgen wird.

Zum Mehrbedarf gemäß Änderungsantrag macht der Beigeordnete Herr Platz erläuternde Ausführungen zu den Tätigkeitsbereichen der betreffenden Ämter und Fachbereiche. Im Weiteren verweist er darauf, dass weitere **Bereiche mit zusätzlichen Aufgaben für Flüchtlingsunterbringung und Betreuung** betraut werden (Seite 8 der Präsentation), die bisher keine Berücksichtigung bei der Stellenplanung für 2016 gefunden haben.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, wirft die Frage hinsichtlich der Schulpflicht unbegleiteter Minderjähriger auf.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass diese Kinder, wenn sie der Stadt zugewiesen wurden und hier angekommen sind, schulpflichtig sind und diese Schulpflicht auch umgesetzt wird.

Zur weiteren Nachfrage des Stadtrates Müller hinsichtlich der Klärung der Abrechnung der gesundheitlichen Versorgung der Asylbewerber informiert der Oberbürgermeister, dass es hierzu im Sozialministerium ein Gespräch gab. Seitens der kommunalen Vertreter wird für die Einführung der Gesundheitskarte plädiert, mit Abrechnung durch das Land.

Weiterhin macht der Beigeordnete Herr Platz Ausführungen zu den **Konsolidierungszielen seit 2014** und zu den **unbesetzten Stellen** sowie den **Bearbeitungsstand Besetzungsverfahren**. Insbesondere merkt er an, dass für Asylaufgaben Stellen ohne Stellenplan ausgewiesen wurden. Hierfür wurde beim Innenministerium ein Ausnahmeantrag gestellt und von dort avisiert, dass dem Antrag stattgegeben werden kann.

Der Beigeordnete Herr Platz geht auf die **Personalkostenentwicklung seit 2000** und die **Personalkostenbedarfsplanung** ein. Zum Risiko der zusätzlichen Kosten für den Mehrbedarf Asyl von ca. 7,8 Mio Euro verweist auf weitere Risiken (z.B. Erhöhung Beitragsbemessungsgrenzen Sozialversicherung, mögliche Tariferhöhungen), die bei der Veranschlagung nicht berücksichtigt wurden.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, gibt den Hinweis, dass diese Risikokomponenten defacto im Haushalt mit eingestellt werden müssten.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht klarstellende Ausführungen hinsichtlich der Mehrkosten von 7,8 Mio Euro.

In der sich anschließenden Diskussion nimmt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, Bezug auf die Bildung einer Task Force und hinterfragt, welche Anforderungen bzw. welches Berufsbild hierfür erforderlich ist und ob die Anforderungen für die Besetzung der Stellen geändert wurden.

Die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf erklärt, dass bei den bisher ausgeschriebenen Stellen noch keine Abstriche an das Anforderungsprofil gemacht wurden. Erwartet wird jedoch, dass diese erfolgen und die Anforderungsprofile behutsam geöffnet werden. Im Weiteren verweist sie darauf, dass Verwaltungsfachangestellte derart ausgebildet sind, um in allen Bereichen der Verwaltung eingesetzt werden zu können.

Auf Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinsichtlich einer Ausschreibung der Stellen stellt der Oberbürgermeister klar, dass jede Stelle ausgeschrieben wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, wirft die Frage zum aktuellen Stand der Stellenbörse auf.

Die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf legt dar, dass ca. 20 Mitarbeiter in der Stellenbörse geführt werden. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Langzeiterkrankte, die nicht mehr auf ihre ursprüngliche Stelle zurück konnten und die auf andere Stellen umgesetzt wurden, dort aber erst noch erprobt werden.

Auf Bitte des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, sagt der Oberbürgermeister zu, die Präsentation zum Stellenplan am 02. 11. 2015 allen Fraktionen per Mail zuzuleiten.

Hinweis: Die Präsentation wurde am 30. 10. 2015 im Anschluss an die Ausschusssitzung durch Team 3 BOB den Fraktionen per Mail zugeleitet.

Eingehend auf den Änderungsantrag DS0137/15/4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung von zwei Stellen in der Ausländerbehörde informiert der Oberbürgermeister über die Auffassung der Verwaltung, dem Anliegen ablehnend gegenüber zu stehen.

Begründend legt die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf klarstellend dar, dass der Änderungsantrag die Zielstellung hat, berufliche Qualifikationen zu erfassen. Dies wäre doppelte Arbeit, da diese Aufgabe bereits durch die Bundesanstalt für Arbeit wahrgenommen wird. Unabhängig davon arbeitet die Verwaltung eng mit dem Jobcenter und verschiedenen Integrationsprojekten zusammen. Sie merkt an, dass durch diese beiden Stellen nochmals Daten erhoben würden, die bereits erfasst wurden.

Der Oberbürgermeister unterstreicht, dass die benannte Aufgabe bereits von einer Landesbehörde erfüllt wird. Hinsichtlich der Einrichtung der Stellen verweist er auf die in seiner Zuständigkeit liegende Personalhoheit.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht begründende Ausführungen zum Anliegen des Änderungsantrages. Als wichtigen Aspekt benennt er, dass mit den benannten Aufgaben Asylbewerber schneller in den Arbeitsmarkt gebracht werden sollen und sieht das Jobcenter hierfür als nicht unbedingt geeignet an.

Zur Anmerkung des Stadtrates Assmann hinsichtlich Willkommenscenter der Stadt merkt der Beigeordnete Herr Platz an, dass die Stadt noch nicht so weit sei, solche Center einzurichten. Darüber könne nachgedacht werden, jedoch noch nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinterfragt, ob die Erfassung der Qualifizierungen auch klappt. In der ZAST soll dies nicht so sein.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass nach den neuen gesetzlichen Regelungen die Personen den Kommunen zugeführt werden, denen ein Bleiberecht zuerkannt wurde und diese gehen für eine Arbeitsvermittlung zum Jobcenter. Er schätzt ein, dass im kommenden Jahr im Jobcenter die Personalstellen stärker aufgestockt werden müssen, zur Erfüllung der Aufgaben. Seitens der Verwaltung werde kein Bedarf gesehen, Aufgaben wahrzunehmen, die bereits in anderen Behörden erfüllt werden.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bringt sein Verständnis zum Anliegen des Antrages zum Ausdruck. Jedoch werde seine Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen. Als Begründung benennt er zum einen, dass die Aufgabe bereits durch eine andere Behörde wahrgenommen wird, die Stelle für die erforderliche fachliche Kompetenz viel zu niedrig bewertet wird und die Stadt keine zusätzliche Aufgabe übernimmt.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass gegenwärtig nach aktuellem Asylrecht zu handeln ist. Hier spielt die Qualifikation keine Rolle, sondern die Schutzgewährung. Im Asylrecht gibt es keinen ständigen Aufenthalt, und somit keine Notwendigkeit eine Qualifikationserfassung vorzunehmen. Geregelt werden müsse jedoch die Verfahrensweise für die Personen, die ein Bleiberecht erhalten. Hier müsse eine bundesrechtliche Regelung erfolgen.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, erklärt mit dem Hinweis auf den fehlenden praktischen Nutzen der Stellen die Ablehnung des Änderungsantrages durch seine Fraktion.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0137/15/4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Stellenplan unter Beachtung der Änderungen der Verwaltung in seiner Sitzung am 07. 12. 2015 zu beschließen.

4.2. Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0501/14

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Einführend zur Drucksache merkt der Beigeordnete Herr Platz an, dass der Entwurf der Hauptsatzung den Fraktionen bereits im April 2015 zur Stellungnahme zugeleitet wurde. Lediglich zwei Fraktionen haben hierzu Vorschläge gemacht, die Berücksichtigung finden sollten.

Er unterbreitet den Vorschlag, hinsichtlich der Änderungen nur auf die den Verwaltungsausschuss betreffend einzugehen.

In seinen Ausführungen geht er auf Veränderungen zur Thematik Personalangelegenheiten im § 8 Abs. 1 Punkt 3 ein und macht erläuternde Ausführungen. Er verweist darauf, dass die Entscheidung zu Neueinstellungen von Beamten bis einschließlich Besoldungsgruppe A 12 und gem. § 11 Abs. 1 Punkt 7 die Neueinstellung von Beschäftigten bis einschließlich Entgeltgruppe 15 dem Oberbürgermeister zugeordnet wurde. Insbesondere verweist er auch auf Beschlusspunkt 2 der Drucksache hinsichtlich der Mitwirkung des Verwaltungsausschusses beim Auswahlverfahren der Amts-, Fachbereichsleiter sowie Abteilungsleiter im Dezernat III. Diese Mitwirkung würde mit beschlossen und damit diese Verfahren geregelt.

Im Weiteren geht er auf weitere Veränderungen den Verwaltungsausschuss betreffend ein und nimmt Bezug auf § 8 Abs. 1 Nr. 4. hinsichtlich der Beratung städtischer Vertreter in Gesellschafterversammlungen und der jetzt gegebenen Möglichkeit diese per Beschluss anweisen zu können.

Bezug nehmend auf § 12 Abs. 1 Nr. 1 begründet er umfassend die Änderung der Funktionsbezeichnung des Beigeordneten I in Beigeordnete/r für Umwelt, **Personalangelegenheiten** und Allgemeine Verwaltung.

Abschließend verweist er auf § 23 Abs. 6 zur Bekanntmachung von Beschlüssen in Amtsblättern und § 23d, mit dem jetzt geregelt wird, wann Stadtratsbeschlüsse als bekanntgegeben gelten.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, dass seine Fraktion mit den vorgeschlagenen Änderungen gut leben kann. Bezug nehmend auf die Änderung der Funktionsbezeichnung des Beigeordneten I unterbreitet er den Vorschlag, anstelle der Benennung Personalangelegenheiten nur die Benennung **Personal** zu verwenden.

Der Beigeordnete Herr Platz stimmt dieser Änderung zu.

Weiterhin informiert Stadtrat Dr. Grube über die Behandlung der Drucksache im Ausschuss StBV. Hier gab es Übereinstimmung hinsichtlich einer Ergänzung in § 8 Abs. 4 hinsichtlich der Mitwirkung des Ausschusses bei der Willensbildung zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens. Begründend verweist er darauf, dass diese Ergänzung eine Präzisierung der Regelung darstellt. Dies bedeute aber auch, dass, egal war Ausschuss oder Stadtrat beschließen, die Genehmigungsbehörde letztendlich entscheidet.

Der anwesende Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann, macht Ausführungen zum gemeindlichen Einvernehmen und verliest die Formulierung der Ergänzung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wirkt bei Vorhaben nach § 8 Abs. 4 Nr. 1 Buchstaben a – e, in denen die Landeshauptstadt Magdeburg Baugenehmigungsbehörde ist, im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister durch Abgabe eines Votums auf der Grundlage einer Beschlussvorlage mit.

In der weiteren Diskussion merkt Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, kritisch an, dass der Entwurf der Hauptsatzung zwar im April 2015 in Umlauf gegeben wurde, die Drucksache selbst jedoch erst nach dem 29. 09. 2015 offiziell seiner Fraktion vorlag. Eingehend auf die Beratung der Drucksache im Ausschuss KRB informiert er, dass sich aus dieser Beratung eine Vielzahl von Problemen ergeben hat, zu denen eine umfangreiche Ausarbeitung mit Mitgliedern seiner Fraktion vorliegen. Da sich seine Fraktion hiermit noch nicht befassen konnte, äußert er die Bitte zu prüfen, ob die Behandlung der Drucksache im Stadtrat auf die folgende Sitzung verschoben werden kann.

Nach einem Hinweis des Oberbürgermeisters stellt Stadtrat Theile den Antrag auf Vertagung der Drucksache.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses sprechen sich mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen gegen eine Vertagung aus.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt sein Unverständnis hinsichtlich der Eile der Beschlussfassung zum Ausdruck und spricht sich gegen eine Vertagung aus. Kritisch geht er auf die Ergänzung des § 8 Abs. 1 Punkt 3 ein und bezeichnet die Kompetenzerweiterung für den Oberbürgermeister als nicht zielführend. Er legt seine Auffassung dar, dass bisherige Verfahren beizubehalten und kündigt die Einbringung eines entsprechenden Änderungsantrages an.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, befindet es als gut, die Ebene der Ersteinstellungen zu verkürzen, bei wichtigen Positionen ist jedoch der Verwaltungsausschuss miteinzubeziehen. Er kritisiert das Vorhaben der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, sehr kurzfristig eine große Anzahl von Änderungsanträgen einbringen zu wollen und bringt mit Hinweis auf die schon längst geführte Diskussion zur Drucksache in seiner Fraktion sein Unverständnis über die Verfahrensweise der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei zum Ausdruck. Stadtrat Rösler spricht sich gegen eine Vertagung aus und bezeichnet die vorliegende Drucksache als zustimmungsfähig.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, stellt klar, auf Grund des Mehrheitswillens der Mitglieder seiner Fraktion die Änderungen einzubringen. Als Kompromiss schlägt er vor, die ausgearbeiteten Problemstellungen aus der Beratung des KRB einzeln hier im Ausschuss vorzutragen und zu diskutieren.

- § 6 Abs. 1 Buchstabe f (Umbenennung des bisherigen Ausschusses für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik)

Auf seine Nachfrage hinsichtlich der künftigen Zuordnung der Thematik der kommunalen Beschäftigungspolitik verweist der Oberbürgermeister darauf, dass diese dem Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit zugeordnet ist und somit für diesen Ausschuss wegfällt.

- § 8 Abs. 1 Punkt 4 (städtische Vertreter in städtischen Gesellschaften)

Stadtrat Müller äußert rechtliche Bedenken hinsichtlich der Anweisung von Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften.

Hierzu führt der Oberbürgermeister aus, klarzustellen, dass mit Gremien der städtischen Gesellschaften die Gesellschafterversammlungen gemeint sind.

- § 13 Abs. 1 (Unterrichtung Einwohner)

Auf Nachfrage des Stadtrats Müller hinsichtlich der Änderung der Formulierung **wichtige** Angelegenheiten in **allgemein bedeutsame** Angelegenheiten informiert der Beigeordnete I, dass es sich hier lediglich um eine Anpassung an das KVG LSA handelt.

- § 15 (Bürgerbefragung)

Stadtrat Müller führt aus, dass in dieser Regelung nur von einer Frage die Rede ist. Mit dem Hinweis darauf, dass dies so nicht im KVG LSA stehe hinterfragt er, ob dies so gewollt sei.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist darauf, dass entscheidend sei, die Frage mit Ja oder Nein beantworten zu können. Zudem sei schwer vorstellbar, dass für eine Bürgerbefragung mehr als eine Frage gestellt wird.

- § 15 a (Verwaltungshilfe bei Plebisziten)

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller zu den Gründen für die Streichung dieser Regelung, verweist der Beigeordnete Herr Platz auf die Beanstandung des Landesverwaltungsamtes auf Grund erheblicher rechtlicher Bedenken hierzu.

- § 21 Abs. 2 (Einwohnerfragestunden in den Ortschaften)

Eingehend auf den Hinweis, zur Berechtigung der Fragestellung von Einwohnern, die in der Ortschaft wohnen, hinterfragt Stadtrat Müller, ob es hier nicht auch ausreiche, Eigentum in der Ortschaft zu besitzen.

Hierzu legt der Beigeordnete Herr Platz dar, dass diese Problematik geprüft werden müsste.

Hinweis: Im Nachgang zur Ausschusssitzung wurde Übereinstimmung erzielt, in diesen Passus die Formulierung „und Grundbesitzer“ zu ergänzen. Die Ergänzung ist Bestandteil des Änderungsantrages DS0501/14/1

- § 23 d (Bekanntgabe von Stadtratsbeschlüssen)

Zur Feststellung des Stadtrates Müller, dass Stadtratsbeschlüsse entsprechend dieser Regelung mit Freischaltung der Niederschrift gültig sind, informiert der Oberbürgermeister, dass die Frist des Zeitraumes der Erstellung der Niederschrift gewählt wurde, damit die Fraktionen, aber auch die Öffentlichkeit, ausreichend Zeit haben, sich mit den Beschlüssen zu beschäftigen.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, merkt an, dass der vorgesehene elektronische Weg eine andere Art der Bekanntgabe ist und im KVG LSA geregelt ist, was eine Veröffentlichung ist.

Der Beigeordnete Herr Platz gibt den Hinweis, dass die Thematik **Bekanntgabe** zur Klärung der Frage des Fristbeginns bei Bürgerbegehren geregelt wurde. Insbesondere verweist er darauf, dass es keine Verpflichtung gibt, Stadtratsbeschlüsse förmlich bekannt zu machen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, nimmt Bezug auf § 11 Abs. 1 Punkt 7 und hinterfragt, ob befristete Einstellungen bis EG 15 nicht mehr im Verwaltungsausschuss vorgelegt werden.

Klarstellend informiert der Oberbürgermeister, dass es sich bei der Einstellung zur Führung auf Probe nicht um eine Befristung handelt. Diese Einstellungen werden auch weiterhin dem Verwaltungsausschuss vorgelegt.

Ergänzend legt der Beigeordnete Herr Platz dar, dass es sich hierbei um Einstellungen z.B. von Stadtsekretärsanwärtern bzw. Mitglieder der Feuerwehr handelt. Insbesondere verweist er darauf, dass die vorliegende Drucksache mehr Beteiligung des Verwaltungsausschusses bedeute.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, nimmt Bezug auf Punkt 22 der Begründung zu § 15 – Bürgerbefragung – und legt dar, die Ausführungen so verstanden zu haben, dass diese Befragungen ausschließlich online durchgeführt werden. Er hinterfragt, ob dies so gewollt sei.

In seiner Beantwortung merkt der Beigeordnete Herr Platz an, dass hiermit deutlich gemacht werden soll, dass die Bürgerbefragung ein zusätzliches Instrument für den Stadtrat ist, um das Meinungsbild der Bürger zu erfahren. Dies habe aber keinen Rechtscharakter. Eine Onlinebefragung bezeichnet er als beste Verfahrensweise.

Im Ergebnis trifft der Oberbürgermeister die Feststellung, dass die in der Diskussion gegebenen Hinweise zu Änderungen in Form eines Änderungsantrages vorgelegt werden und stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Hinweis: Die Änderungen werden als Änderungsantrag DS0501/15/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0501/14 unter Beachtung der eingebrachten Änderungen in seiner Sitzung am 05. 11. 2015 zu beschließen.

4.3. Neufassung der Satzung der Städtischen Volkshochschule Magdeburg Vorlage: DS0302/15

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter des Fachbereiches Schule und Sport (FB40) Herr Krüger und der Leiter der Städtischen Volkshochschule Herr Liebe teil.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag DS0302/15/1 des Ausschusses BSS vor.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Hinweis: Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, verlässt die Sitzung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0302/15/1 des Ausschusses BSS in seiner Sitzung am 05. 11. 2015 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0302/15 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0302/15/1 des Ausschusses BSS in seiner Sitzung am 05. 11. 2015 zu beschließen.

4.4. Beschlussfassung zur Entgeltordnung der Städtischen Volkshochschule Magdeburg Vorlage: DS0314/15

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter des Fachbereiches Schule und Sport (FB40) Herr Krüger und der Leiter der Städtischen Volkshochschule Herr Liebe teil.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die in § 4 – Entgelthöhe – enthaltene Erhebung eines Entgeltes für Kurse Deutsch als Fremdsprache. Mit Hinweis auf die derzeitige Flüchtlingssituation legt er seine Auffassung dar, dass die Entgeltzahlung für Asylbewerber zum Problem werden könnte. Er wirft die Frage auf, ob für bestimmte

Personengruppen die Regelung aufgenommen werden kann, diese Kurse kostenlos in Anspruch zu nehmen.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass diese Kurse sowieso finanziert werden.

Ergänzend führt der Leiter der VHS Herr Liebe aus, dass Fälle, in denen die Teilnehmer das Entgelt zahlen, Ausnahmen sind. Kurse im Rahmen von Integrationsmaßnahmen werden über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bezahlt bzw. in wenigen Fällen beträgt der Eigenanteil 1 Euro.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0314/15 in seiner Sitzung am 05. 11. 2015 zu beschließen.

5. Anträge

- 5.1. Ausstellung „Wir sind hier - Frauen in Sachsen-Anhalt gestalten ihr Land“ in Magdeburg präsentieren
Vorlage: A0087/15
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches Schule und Sport (FB40) Herr Krüger teil.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt das Einverständnis seiner Fraktion zur Stellungnahme der Verwaltung und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0087/15 der SPD-Stadtratsfraktion in seiner Sitzung am 03. 12. 2015 zu beschließen.

- 5.1.1. Ausstellung „Wir sind hier - Frauen in Sachsen-Anhalt gestalten ihr Land“ in Magdeburg präsentieren
Vorlage: S0203/15
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 5.2. Benennung der Ratsdiele im Alten Rathaus nach Ernst Reuter
Vorlage: A0081/15
-

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet seine Auffassung, dass eine Umbenennung nicht erforderlich ist und erklärt, persönlich gegen diese Umbenennung zu sein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, macht erläuternde Ausführungen zum Hintergrund des Antrages des Kulturausschusses.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet die Benennung als angemessen.

Hinweis: Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, nimmt wieder an der Sitzung teil.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0081/15 des Kulturausschusses in seiner Sitzung am 03. 12. 2015 zu beschließen.

5.2.1. Benennung der Ratsdiele im Alten Rathaus nach Ernst Reuter
Vorlage: S0195/15

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ prüfen
Vorlage: A0053/15

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, spricht den Dank seiner Fraktion für die Stellungnahme der Verwaltung aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0053/15 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei in seiner Sitzung am 03. 12. 2015 zu beschließen.

5.3.1. Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ prüfen
Vorlage: S0209/15

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. MVB-Fuhrpark und 2. Nord-Süd-Verbindung
Vorlage: A0066/15

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, informiert über die kritische Sichtweise seiner Fraktion hinsichtlich der Stellungnahme der Verwaltung.

Er macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages und verweist dabei insbesondere auf die Fragestellung zur ausreichenden Anzahl der zur Verfügung stehenden Niederflurbahnen.

Bezugnehmend auf den letzten Absatz auf Seite 1 der Stellungnahme geht er auf die Ausführungen hinsichtlich der Durchführung einer vertieften Prüfung hinsichtlich der Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit von Fahrzeugbeschaffungen für alternative Linienführungen ein und wirft die Frage auf, ob das tatsächlich so ist und wer Aufgabenträger ist.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, informiert über die Ablehnung des Antrages im Ausschuss StBV.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass mit der neuen Strecke eine schlechtere Beförderungsversorgung festzustellen ist. Im Zuge der 2. Nord-Süd-Verbindung sollte das Angebot der MVB ausgeweitet werden. Jetzt werde gesagt, hierzu werde eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gefordert.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass ein entsprechender Förderantrag gestellt wurde. Hierfür muss ein Nachweis der Wirtschaftlichkeit erbracht werden. Wenn diese nicht vorliegt, werde keine Förderung erfolgen.
Er merkt an, dass eine Streckenerweiterung gemacht werden könne, diese müsste aber von der MVB finanziert werden.

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann verweist darauf, dass mit der Maßnahme Busse durch Straßenbahnen ersetzt werden sollen. Die geplante Trasse ist als eine Linie anzusehen, für die die vorhandenen 83 Niederflurbahnen als ausreichend angesehen werden. Ergeben sich in der Zukunft andere Anforderungen, müsse die Situation neu überdacht werden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0066/15 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei in seiner Sitzung am 03. 12. 2015 nicht zu beschließen.

5.4.1. MVB-Fuhrpark und 2. Nord-Süd-Verbindung Vorlage: S0202/15

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Informationen

6.1. Berichterstattung Fortgang "Ersatzneubau Strombrückenzug" - aktueller Stand III. Quartal 2015 Vorlage: I0218/15

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Zur Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, bzgl. der Seilkonstruktion informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann in seiner Beantwortung, dass für die Baumaßnahme ein weiteres Seil benötigt wird.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, thematisiert die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Auf Antrag des Stadtrates Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, wird die Thematik unter Verschiedenes nichtöffentlich besprochen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin